

Betriebsstopp für Ratsherren

■ **Betrifft:** „Gegenwind bremst Windrad-Skeptiker“ in der Ausgabe vom 4. Februar

Die Paderborner Ratsvertreter Hüttemann (FBI), Knaup (ALFA) und Pöppe (FDP) haben den Absturz des Maschinenhauses einer Windenergieanlage in Neuenbeken genutzt, einen sofortigen Baustopp und Überprüfungen für alle Windenergieanlagen zu fordern. Das ist Populismus pur, denn die Risiken der Windenergie sind im Vergleich zu anderen Lebensbereichen äußerst gering.

Das spiegelt sich vor allem in beständig niedrigen Haftpflichtbeiträgen für Windenergieanlagen wieder. Das Haftungsrisiko wird aus der Schadenshäufigkeit und der durchschnittlichen Schadenshöhe ermittelt. Bei der Berechnung der Prämien richten sich die Versicherungsmathematiker also emotionslos nach Zahlen und Fakten. Für Kernkraftwerke wurde bei einer Laufzeit von 50 Jahren errechnet, dass jede erzeugte Kilowattstunde (kWh) mit einem Haftpflichtbeitrag von ca. 50 Cent belastet werden müsste, um das Haftungsrisiko des Versicherers angemessen abzubilden. Mit anderen Worten:

Von Atomkraftwerken (AKW) geht eine so große Gefahr aus, dass sie faktisch nicht versicherbar sind. AKW sind nur deswegen in Betrieb, weil der Staat die Haftung übernimmt. Es ist also politisch gewollt, dass die AKW-Betreiber RWE, EON und Co. seit Jahr-

zehnten mit Milliardenbeträgen durch die Steuerzahler subventioniert werden. Der Haftpflichtbeitrag für einen Pkw beläuft sich im Durchschnitt auf ca. 250 Euro pro Jahr, für eine Windenergieanlage sind knapp 100 Euro fällig. Das Schadensrisiko eines Autos ist nach Berechnungen der Versicherungswirtschaft also deutlich höher als das einer Windkraftanlage. Aber wieso zetteln die drei Paderborner Ratsherren dann eine Debatte über ein Einzelereignis an einer Windenergieanlage an, anstatt Dutzende von Verkehrsunfälle und die viel höheren Risiken für Leib und Leben durch den Autoverkehr zu thematisieren? Die Haftpflichtversicherung für eine Privatperson beträgt ca. 50 Euro pro Jahr.

Für die drei Antragsteller im Paderborner Rat wäre also ein Jahresbeitrag von ca. 150 Euro fällig – das ist mehr als für eine Windenergieanlage. Von den Ratsvertretern Hüttemann, Knaup und Pöppe geht demnach ein höheres Schadensrisiko aus als von einer Windenergieanlage. Müssten dann unter populistischen Gesichtspunkten nicht auch für diese drei Herren weitere Untersuchungen und ein „Betriebsstopp“ beantragt werden, um weiteren Schaden für die Allgemeinheit abzuwenden?

Jürgen Wrona

(Beisitzer im Regionalverband Paderborn/Höxter/Lippe des Bundesverbandes Windenergie)

33129 Delbrück